

Internationales Institut für liberale Politik Wien

# SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Peter W. Schulze

**Energiesicherheit –  
ein Europäischer Traum**  
Russland als Energiemacht

## Inhalt

Das Gespenst einer drohenden Versorgungskrise	3
Energieexporte als Faktor der Geopolitik	4
Erdöl	5
Erdgas	6
Aufbau eines Energieverbundsystems kooperierender GUS-Staaten und die asiatische Perspektive	8
Ein Gas-Kartell entsteht	10
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe: Reihe Studien – bisher erschienen	11



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien

Prof. Dr. Peter W. Schulze, geb. 1942, lehrte an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges in Berlin und an der UC Berkeley, war langjährig als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau tätig; derzeit ist er Dozent für Vergleichende Lehre und Internationale Politik am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen.

### **Board internationaler Konsulenten**

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepfli, Chefredaktor, St. Gallen

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio – Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

### **Impressum**

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: 1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, August 2007

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3

ISBN 978-3-902595-06-5

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich  
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für  
politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.  
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für liberale Politik Wien weitergeführt.

## Das Gespenst einer drohenden Versorgungskrise

Die Kräfteverschiebungen in der Weltwirtschaft sind der europäischen Öffentlichkeit quasi durch die Hintertür eines Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland über die Erhöhung der Gaspreise im Winter 2005/06 bewusst gemacht worden. Dieser Konflikt machte gleich drei Problemlagen sichtbar, die uns in den nächsten Dekaden weiter beschäftigen werden:

Erstens sind die Zeiten preisgünstiger Importe von fossilen Energien, also Öl und Gas, wie sie seit den 1980er Jahren nahezu zwei Dekaden lang vorherrschten, endgültig vorbei. Bei den jetzigen Teuerungsraten handelt es sich nicht um ein temporäres und konjunkturelles Phänomen, sondern der Preisauftrieb bei Primärenergien ist strukturell durch folgende Faktoren bedingt: Knappheit und hohe Förderungskosten der Ressourcen, steigende Nachfrage und verschärfte Konkurrenz durch andere Wachstumsregionen in der globalen Wirtschaft, mangelnde Energieeffizienz in westlichen Industriestaaten und Schwellenländern bei steigender Inlandsnachfrage, fehlende Investitionen privater Energiekonzerne zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Energien sowie das Fehlen klarer energiepolitischer Prioritäten bei staatlichen Subventionen.

Zweitens werden in den nächsten Dekaden die europäischen Öl- und Gasressourcen sukzessive zu sprudeln aufhören. Das Nordseeöl wird in knapp 20 Jahren nicht mehr verfügbar sein, wohingegen norwegisches Gas noch etwas länger, bis zum Ende des Jahrhunderts, gefördert werden dürfte. England fällt schon bald als Produzent von Energie aus und muss Öl und Gas importieren. Die Abhängigkeit der Europäischen Union von Energieimporten aus Weltregionen, die von politischen Ordnungen bestimmt werden, die sich kaum an den Prinzipien des *Acquis communautaire* der Europäischen Union orientieren, wird wachsen. Nicht nur das: Es wird immer schwieriger, die langen Transportrouten, seien es Pipelines oder auch Schiffe, sowohl Öltanker als auch solche, die Flüssiggas (Liquefied natural gas – LNG) transportieren, gegen terroristische Angriffe zu schützen.

Drittens gleicht mit der Konzentration auf wenige, ressourcenreiche Regionen, die oftmals noch durch interne Konflikte destabilisiert sind oder sich in Spannungsräumen befinden, die jederzeit durch Unruhen, Terror, Kriege oder externe Militärinterventionen erschüttert werden können, die landläufige Forderung nach Energiesicherheit in Europa eher der Suche nach einem Wolkenkuckucksheim.

Die Auseinandersetzungen der letzten beiden Jahre zwischen der Russischen Föderation und den westlichen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), also der Ukraine und Belarus, über die Erhöhung der Preise für Gas und Öl haben schließlich Rückwirkungen auf die Politik und öffentliche Wahrnehmung in den Ländern der Europäischen Union gehabt. Seither geht das Gespenst einer drohenden Versorgungskrise um, es scheint, dass Europas Versorgung mit Energie nicht mehr sicher ist. Die Energiefrage ist aber nur ein – zugegeben essenzieller – Faktor der Kräfteverschiebungen, die sich im Rahmen der Globalisierungsprozesse ergeben haben.

## Energieexporte als Faktor der Geopolitik

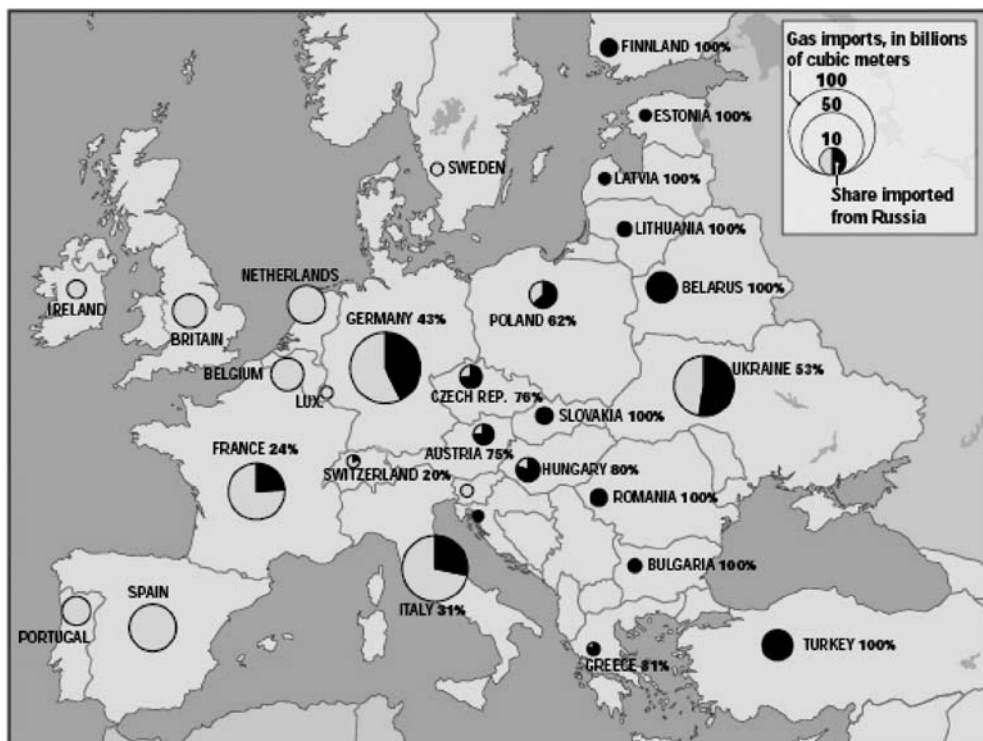
Russland schwimmt derzeit und in der Zukunft auf einer Welle neuer Weltgeltung als globale Energie-macht. Energie und Politik fließen immer in die gleiche Richtung – mehr noch beim Gas als beim Öl. Das gilt für den Energiehunger der USA wie für die Energieexporte Russlands. Als ressourcenreiche Großmacht kann sich der Kreml praktisch sowohl seine Partner aussuchen als auch gegen Kritik an innenpolitischen Fehlentwicklungen wirksamer wehren, als es noch der ehemalige Präsident Boris Jelzin vermochte. Letzterer hatte das bankrotte Erbe der Sowjetunion zu verwalten und war zu allem Unglück noch mit katastrophal niedrigen Energiepreisen für Öl und Gas gestraft, sodass Russland während seiner Amtszeit in den 1990er Jahren von einer Krise zur anderen taumelte.

Diese Situation gehört endgültig der Vergangenheit an. Russland ist innerhalb von wenigen Jahren zur zehntstärksten Industrienation der Welt aufgestiegen. Statt früherer Kapitalflucht bestimmen nun strategische Direktinvestitionen in OECD-Ländern die russische Wirtschaftspolitik. Das verunsichert westliche Geschäftskreise, und manch neoliberale Regierung in Europa sowie die EU als Ganzes entdecken plötzlich die Vorteile des selektiven Protektionismus. Nahezu überall in der EU, besonders aber in den USA werden Direktinvestitionen von ausländischen Anlegern eingehend geprüft und oft aus undurchsichtigen Gründen, etwa aus „nationalen Interessen“ zurückgewiesen. Besonders hart trifft es ausländische Staatsbetriebe.

Trotz politischer Differenzen mit der Europäischen Union boomt der europäisch-russische Handel. Für die europäische Energieversorgung ist und bleibt Russland überlebenswichtig. Das Land verfügt nicht nur über immense Energiereserven, die zudem relativ nahe an den europäischen Verbrauchern liegen. Es ist außerdem politisch stabil und kann zudem auf eine nahezu 30-jährige Tradition zurückblicken, Deutschland und Österreich seit den Zeiten der Sowjetunion und trotz des nachfolgenden Chaos der Jelzin-Ära immer zuverlässig beliefert zu haben. Nun, man mag einwenden, damals bestand noch die Sowjetunion, heute aber fließen Öl und Gas durch souveräne Transitländer nach Europa – und letztlich bereiteten diese die Probleme.

Europa wurde zum größten Konsumenten der russischen Energieexporte. Daher verwundert es nicht, sehen wir einmal von den binnenländischen Versorgungsnetzen sowie von jenen Pipelines ab, mit denen die GUS versorgt wird, dass nahezu die gesamte Infrastruktur für russische Energieexporte heute noch nach Westen ausgerichtet ist. Das schließt Pipelines wie Terminals ein und bezieht sich auf den Export von Erdgas wie Öl. Und trotz aller Spekulationen über einen Paradigmenwechsel in der russischen Politik hin zum asiatisch-pazifischen Raum planen russische Energiekonzerne neue Öl- und Gasleitungen, deren bekannteste wohl die Nordeuropäische Gaspipeline (NEGP) ist. Sie hat einen innerrussischen Abschnitt vom sibirischen Jamal zur russischen Ostseeküste und soll von dort auf dem Boden der Ostsee nach Mecklenburg führen. Ihr südeuropäisches Gegenstück wird wohl die South Stream-Gaspipeline werden, die von der Türkei durch Südeuropa nach Österreich führen soll. Trotzdem darf der Blick durch die kooperative Zusammenarbeit und Belieferung nicht verstellt werden: Russland beginnt seine Energieexporte zu diversifizieren.

## Europäische Erdgasimporte



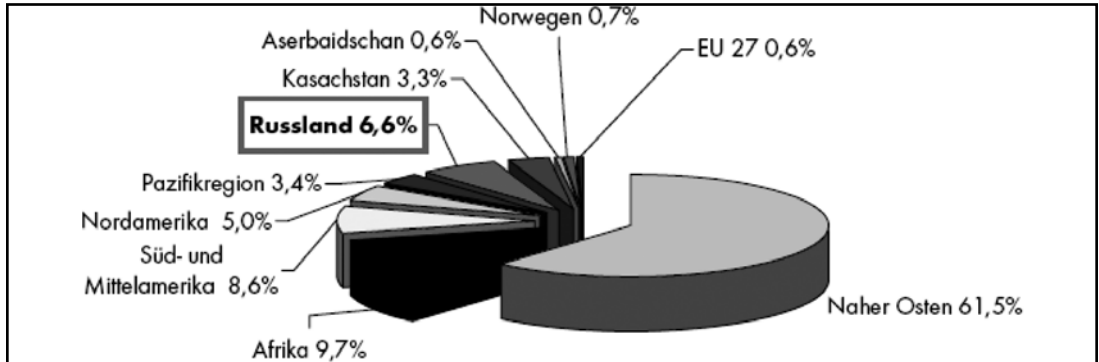
Quelle: Russlandanalysen, 137/2007

Trotz der politisch unterkühlten Beziehungen zur Europäischen Union, eine Entwicklung, die nicht zuletzt durch einige neue Mitgliedsländer der EU – namentlich Polen – ausgelöst wurde, bleibt Europa auf absehbare Zeit ein wichtiger Markt für russische Energielieferungen. Das garantiert eine hohes Maß an Versorgungssicherheit inmitten von düsteren Prognosen über schwindende Energiereserven. Dabei ergeben sich unterschiedliche Szenarien für den Öl- und Gasbereich.

### Erdöl

Beim Verbrauch von Erdöl ist in Europa eine gewisse Sättigung eingetreten. Die Nachfrage wird sich in den kommenden zwei Dekaden nur noch mäßig erhöhen. Dennoch besteht ein Importbedarf, weil die europäische Ölproduktion in den nächsten 15 bis 20 Jahren nahezu zum Erliegen kommen wird. Dessen ungeachtet resultiert daraus keine Abhängigkeit von russischen Lieferungen, weil auf andere Bezugsregionen und auf mannigfache Transportmöglichkeiten zurückgegriffen werden kann. Neue Bezugsquellen Europas liegen u. a. im kaspischen Raum. Anders als Gas kann Öl ohne neuen technologischen Aufwand einfach verschifft, auf der Schiene oder dem LKW transportiert werden. Und nahezu alle europäischen Länder begannen nach den beiden Ölpreisschocks der 1970er Jahre, ihre Bezugsquellen zu diversifizieren. Russlands Anteil an den europäischen Ölimporten wird von ca. 50 Prozent auf etwa 30 Prozent bis 2030 zurückgehen, insgesamt wird sich der Anteil russischen Öls am europäischen Energiemix bei ca. 30 Prozent halten. Weil Europa sich in einer günstigen Marktposition befindet, werden die russischen Ölexporte in Zukunft eher auf Belieferung der asiatischen und amerikanischen Märkte abstellen. Dafür benötigte Pipelines sind im Bau.

Verteilung der weltweiten Erdölreserven (proven reserves, Jahresende 2006)

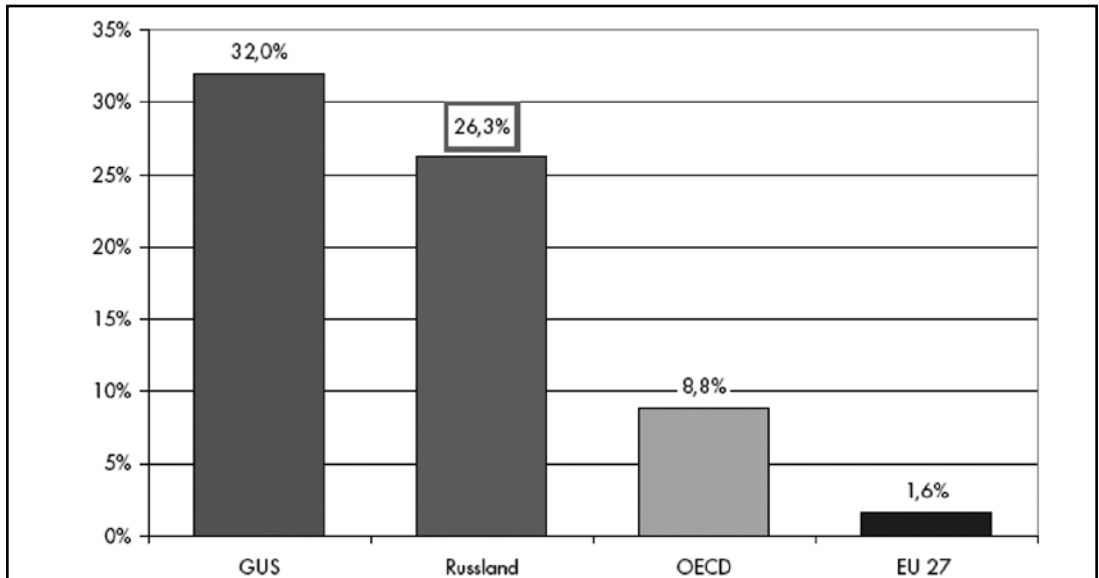


Quelle: Russlandanalysen, 139/2007

### Erdgas

Anders sieht es beim Erdgas aus. Die Nachfrage nach Gas wird steigen, da die süd- und osteuropäischen Staaten Europas auch aufgrund verschärfter Emissionsauflagen von Kohle und Öl auf Gas umsteigen werden. Prognosen zufolge wird sich der Erdgasverbrauch in den Industrieländern Europas bis 2030 nahezu verdoppeln.

Verteilung der weltweiten Erdgasreserven (proven reserves, Jahresende 2006)



Quelle: Russlandanalysen, 139/2007

Weil im gleichen Zeitraum die europäische Erdgasförderung leicht zurückgeht, wird der Bedarf an Importen steigen. Die Prognose wachsenden Gasbedarfs war ein wesentlicher Grund für die Entscheidung zum Bau der NEGP, die einmal Gas aus der Barentssee und dem Gebiet Jamal zur russischen Küstenstadt Wyborg und von dort über den Boden der Ostsee nach Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern pumpen soll. Diese Pipe-

line belegt nachdrücklich das langfristige russische Interesse an der europäischen Energieversorgung. Dabei entfallen zukünftig Probleme und Kosten des Transits durch Drittländer, wie sie mit der Ukraine und Belarus auftraten. Die NEGP wird als Gemeinschaftsunternehmen von Gazprom, BASF und EON betrieben. Gazprom hält 52 Prozent der Anteile, die beiden deutschen Energiekonzernen jeweils 24,5 Prozent. Beide Konzerne sind gemeinsam mit Gazprom an der Erkundung eines großen Gasfeldes in Westsibirien beteiligt. Überdies wurden Pläne der Gazprom zur Errichtung einer Gasverflüssigungsanlage in der Nähe des NEGP-Terminals bekannt. Eine solche Anlage könnte Flüssiggas zu den europäischen Spotmärkten, nach England und in die USA verbringen. Konservative Schätzungen besagen, dass sich die russischen Gaslieferungen nach Europa bis 2030 verdoppeln könnten. Selbst solch ein Zuwachs impliziert noch lange keine Abhängigkeit und fällt im Kontext der europäischen Gasimporte eher bescheiden aus. Denn im Vergleich zu 2003 würde der russische Anteil an den Gesamteinfuhren Europas von gegenwärtig ca. 70 Prozent auf rund 50 Prozent im Jahre 2030 sinken. Entsprechendes gilt auch für Deutschland. Für diesen Trend sind mehrere Gründe verantwortlich:

- Die russische Gasproduktion läuft bereits auf einem relativ hohen Förderniveau, sodass weitere Steigerungen und vor allem die Erkundung neuer Förderquellen nur durch den Einsatz sehr hoher Investitionen und feste Abnahmegarantien erreichbar sind.
- Der Hauptabnehmer russischen Erdgases sind die Binnenwirtschaft und die privaten Haushalte. Solange dort keine Anstrengungen greifen, die maßlose Verschwendung von Energie zu begrenzen und zu einem effizienten Regime der Nutzung überzugehen, sind dem Export Grenzen gesetzt.
- Dass insbesondere Gas-, aber auch Ölexporte das Rückgrat des russischen Staatsbudgets bilden, ist allgemein bekannt. Ihr Beitrag zum Staatsbudget beträgt ca. 60 Prozent. Aufgrund der Preisentwicklung für Energieträger und Rohstoffe konnte die Staatsverschuldung abgetragen werden. 2007 beliefen sich die Rücklagen der russischen Zentralbank auf etwa 400 Mrd. US-Dollar. Außerdem wurde ein Fond für wirtschaftliche Rekonstruktion geschaffen der ca. 100 Mrd. Dollar an Rücklagen ausweist. Aus dieser Situation ergeben sich zwei Handlungsoptionen, die sich beide begrenzend auf Energieexporte auswirken: Einerseits wird der russische Staat gezwungen, so lange mit seinen Energiereerven hauszuhalten, wie die Restrukturierung der alten sowjetischen Industriekerne nicht angegangen wird bzw. neue technologisch-industrielle Branchen geschaffen werden. Der finanzielle „Julius-Turm“ ist eine Art Rückversicherung für schlechte Zeiten, falls die Energiepreise einbrechen oder sich soziale Probleme auf türmen sollten, die sofortiges staatliches Handeln erforderlich machten. Eine solche Situation ergab sich 2005, als Hunderttausende von Pensionären, Veteranen, Invaliden und Studenten gegen die Kürzung von Sozialprivilegien protestierten. Sollte hingegen der neu gewählte Präsident die Restrukturierung und innovative Erneuerung des russischen Industriepotenzials sowie der Infrastruktur ab 2008 zur Priorität seiner Politik machen, könnte das ebenfalls zulasten von Energieexporten gehen.

Weil also die Erhöhung heimischer Förderraten an wirtschaftliche und politische Grenzen stößt, die Absatzmärkte jedoch ausgebaut und diversifiziert werden sollen, waren Veränderungen in der Exportpolitik angesagt. Ferner mussten Überlegungen angestellt werden, wo sich Russland von Verpflichtungen befreien und zugleich neue Energiequellen erschließen kann.

## Aufbau eines Energieverbundsystems kooperierender GUS-Staaten und die asiatische Perspektive

Die rasante Nachfrage nach Öl und Gas durch die Anrainerstaaten des Pazifiks und Südostasiens hat spätestens in der zweiten Amtsperiode des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einer Akzentverlagerung in der Energiepolitik geführt. Vier Trends sind erkennbar, die für die Versorgung Europas nicht irrelevant sein dürften:

1. Ähnlich wie Europa sich um die Diversifizierung seiner Energiebezugsquellen bemüht, geht Russland daran, seine Energieexporte zu diversifizieren. Von Westsibirien werden Öl- und Gaspipelines zum Pazifik – nach Nachodka – gebaut. Dort und in Verbindung mit den strategisch bedeutenden drei Sachalin-Projekten entstehen Infrastrukturkomplexe wie Terminals und Anlagen zur Gasverflüssigung. Sie zielen auf die asiatischen Staaten und auf die Märkte der USA.
2. Russland hat nach jahrelangem Zögern dem Drängen der chinesischen Regierung nachgegeben, zusätzlich zu einer bereits vereinbarten Ölpipeline auch eine Gaspipeline unter Umgehung von Transitländern direkt in den Nordwesten Chinas zu bauen.
3. In den letzten Jahren sind systematisch Kooperationsabkommen mit Ländern des kaspischen und zentralasiatischen Raumes wie Turkmenistan oder Kasachstan abgeschlossen worden, die auf Dekaden hinaus die Einspeisung von Gas in russische Transportnetze sichern. Insbesondere Kasachstan spielt in den energiepolitischen Überlegungen des Kreml eine Schlüsselrolle. Die Kooperation beschränkt sich nicht nur auf Gasprojekte, man hat auch die Zusammenarbeit bei der Nukleartechnologie und der Uranförderung ausgebaut.
4. Die Subventionierung der GUS-Staaten mit Vorzugspreisen für Energielieferungen wurde ab 2005 trotz heftiger Konflikte abrupt ausgesetzt. Zwar gelten für Belarus und Armenien abgestufte Anpassungen, aber in wenigen Jahren werden alle GUS-Länder russische Energie nur noch zu Weltmarktpreisen beziehen.

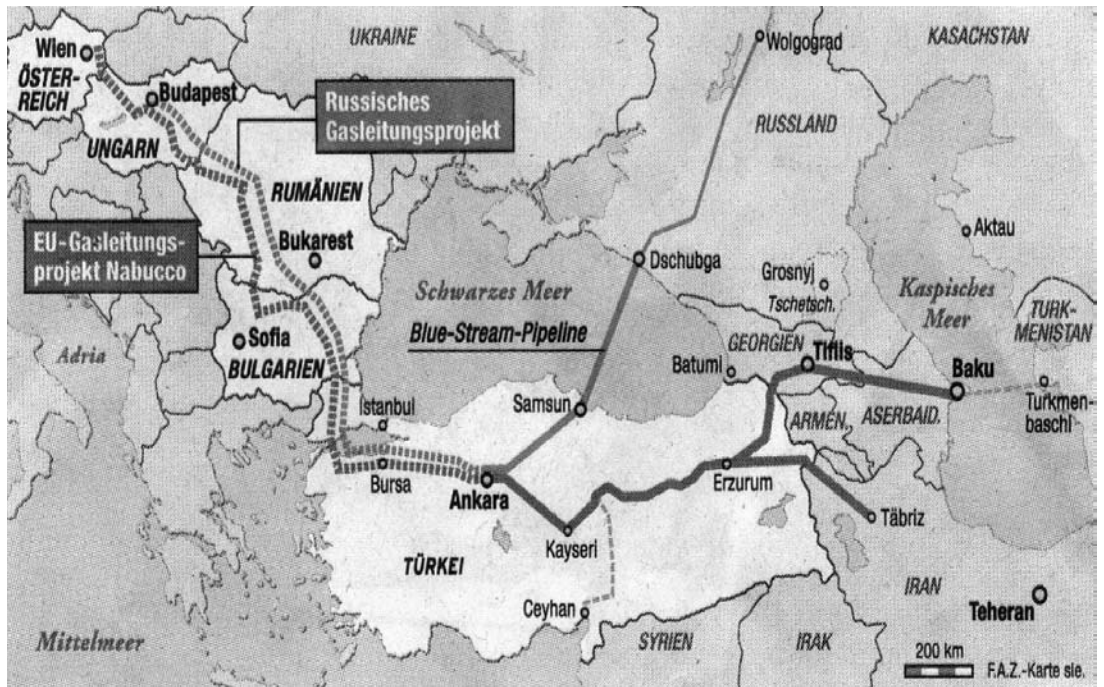
In unserem Zusammenhang ist vor allem relevant, wie sich die russische Energiepolitik in Zentralasien und im kaspischen Raum auf Diversifizierungsstrategien der Europäischen Union auswirken wird. Um es gleich vorwegzunehmen: Anstrengungen der EU um Diversifizierung der Energieimporte werden trotz illusterer Ankündigungen dem Wettlauf zwischen Hase und Igel gleichen. Russland hat sich schon die kaspischen und zentralasiatischen Reserven gesichert. Darüber hinaus drängt die russische Energiepolitik auf die Vernetzung des Raumes zwischen dem Kaspischen Meer und Südosteuropa unter Einschluss der Türkei. Gezielt festigt Gazprom seine Position in Europa, besonders in Südosteuropa. Nach 14 Jahren kamen im März 2007 beispielsweise die Verhandlungen zum Bau der Balkan-Pipeline zwischen Griechenland, Bulgarien und Russland erfolgreich zum Abschluss.

Gazprom strebt seit geraumer Zeit den direkten Zugang zu Konsumenten in Ländern der Europäischen Union an will dort auch Direktinvestitionen tätigen. In den Niederlanden, in England und Belgien wurde Interesse an Kraftwerken, Gasreservoirs und Versorgungsnetzen bekundet. Mit norwegischen Konzernen



wurde die gemeinsame Exploration von Gasfundstätten vereinbart. 2006 schloss der Konzern erstmals einen Liefervertrag mit Dänemark ab. Ab 2011 sollen russische Gaslieferungen über die NEGP erfolgen. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 20 Jahre. Mit dem italienischen Konzern ENI wird gegen Beteiligung an russischen Gasfeldern eine Kooperation für den Vertrieb von Gas angestrebt. Schließlich vereinbarte Gazprom mit Ungarn, das Land an die South European Gas Pipeline (SEGP) anzuschließen, die wiederum an das Blue Stream Projekt von Gazprom angedockt ist. Die SEGP soll gemeinsam von Gazprom und ENI betrieben werden. Ungarn bezieht ca. 90 Prozent seines Gasbedarfs aus Russland. Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten schlug der ungarische Premierminister im März 2007 vor, dass Ungarn je zur Hälfte seinen Gasbedarf aus der SEGP und aus der Nabucco-Pipeline, einem Projekt der Europäischen Union, decken solle. Anfang 2006 hatte die EU – ausgelöst durch den ukrainisch-russischen Gasstreit – den Bau der 3300 Kilometer langen Nabucco-Pipeline befürwortet.

### Die Nabucco-Pipeline und das russische Konkurrenzprojekt „South Stream“



Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Nabucco-Pipeline soll bis 2011 den Betrieb aufnehmen und Gas aus dem kaspischen Raum und/oder dem Nordiran unter Umgehung Russlands über Südosteuropa nach Österreich bringen. Beteiligt sind österreichische, ungarische, türkische, rumänische und bulgarische Energiekonzerne. Ungarns Vorgehen, die Gasversorgung doppelt abzusichern, zumal das Land noch zum Verteilerknoten für Südeuropa werden soll, bedeutet einen schweren Rückschlag für das Nabucco-Projekt, das ohnehin auf sehr tönernen Füßen steht. Das Projekt befindet sich augenblicklich in der Planungsphase, aber noch gravierender ist, dass

der EU-Pipeline bislang die Gasquelle fehlt. Daher hat sich auch Gazprom maliziös ins Spiel gebracht: Präsident Putin bot beim Staatsbesuch in Wien im Mai 2007 dem Projekt die Lieferung von Gas an. Und Gazprom untermauerte noch die Relevanz Österreichs als wichtige Handelsplattform für russische Erdgaslieferungen. (Diese erreichten 2006 ca. 7,7 Mrd. Kubikmeter und werden von Baumgarten aus – dem Central European Gas Hub im Dreiländereck zur Slowakei und zur Tschechischen Republik – im gesamten Europa vertrieben.)

Gefahr für das EU-Projekt droht nicht nur durch das mögliche Ausscheren Ungarns, sondern auch durch den am 12. Mai 2007 von den Präsidenten Russlands, Kasachstans und Turkmenistans vereinbarten Bau einer neuen Gasleitung für den Export turkmenischen Gases entlang des Kaspischen Meeres über kasachisches und russisches Gebiet. Diese Leitung soll in das russische Leitungssystem einmünden und von dort Gas weiter nach Europa transportieren. Die neue Pipeline soll ca. 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr ab 2012 befördern.

Paradoxerweise unterstreicht Gazprom mit beiden Optionen, sowohl mit der nördlichen über die NEGP als auch mit der auf Südeuropa und Österreich abzielenden Strategie, die wahrscheinlich das Nabucco-Projekt der EU überflüssig macht, die Relevanz des europäischen Energiemarktes. Damit wird auch das Interesse des russischen Staates an der langfristigen Energiesicherheit Europas glaubwürdig.

## **Ein Gas-Kartell entsteht**

Eine Gruppe von 15 gasproduzierenden Ländern hat sich im Gas Exporting Countries Forum (GECF) zusammengefunden. Sie kontrollieren ca. 75 Prozent aller erkundeten Gasreserven und ca. 40 Prozent der globalen Gasproduktion. Das Forum hat keine institutionalisierte Struktur und trifft sich ad hoc. Gegen die Schaffung von kartellähnlichen Strukturen sprachen bislang die in der Branche üblichen langfristigen Lieferverträge, die in der Regel eine Laufzeit bis zu 28 Jahren haben. Sollten aber der Transport und die Vermarktung von Flüssiggas weniger kostenaufwendig werden, würde sich zu den langfristigen Pipeline-basierten Verträgen ein Spotmarkt gesellen. Dies und die Erschließung der großen russischen Gasfelder in der Barentssee, Schtokman, und die drei Sachalin-Projekte, die LNG einschließen, würden es Russland erleichtern, das Kartell zu befürworten und darin sogar die Führung zu übernehmen.

Zwar reagierte Moskau bisher zurückhaltend auf den iranischen Vorschlag, analog zur OPEC ein entsprechendes Kartell der gasfördernden Länder zu schaffen. Russische Beschwichtigungen, es sei noch zu früh, um über ein Kartellgebilde zu sprechen, sind nicht gerade ermutigend. Denn Moskaus Zurückhaltung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass seit Langem mit allen gasfördernden Ländern einschließlich Algeriens ein intensiver Dialog begonnen hat, der definitiv eine informelle Interessengemeinschaft begründet und den Abnehmerstaaten noch weniger Alternativen zur Diversifizierung ihrer Energieimporte einräumt. Diese Entwicklung wird in Brüssel mit großer Sorge gesehen.

Brüsseler Anstrengungen, zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu kommen, sind sicher lobenswert, werden aber kaum von Erfolg gekrönt sein. Zu verschieden sind die nationalen Prioritäten, wenn es etwa um die Entwicklung erneuerbarer Energien oder die Ausrichtung von Forschungsprogrammen geht. Länder wie Frankreich, die baltischen Staaten oder die Tschechische Republik setzen auf den

Ausbau der Kernenergie, andere wie Deutschland, das längst Weltmarktführer bei Windkraft geworden ist und eine gute Mittelposition bei der Photovoltaik innehat, bevorzugen lieber einen Energiemix, wobei die Nuklearenergie noch eine Restlaufzeit bis max. 2050 haben dürfte. Die unterschiedlichen nationalen Interessen verhindern auch klare Prioritäten bei den Forschungsprogrammen der EU.

Auch in puncto Energiecharta, die von der EU seit Jahren besonders gegen Russland eingefordert wird, dürfte sich mittelfristig wenig bewegen. Russland würde seine marktbeherrschende Position im Gasgeschäft aufs Spiel setzen und in eine ruinöse Konkurrenz mit Ländern wie Turkmenistan und Kasachstan getrieben werden, wenn es diese Charta unterschreiben würde. Außerdem trägt Moskau der EU nach, obwohl Kiew die Charta unterschrieben und ratifiziert hat, die Regierung Juschtschenko im Winter 2005/06 nicht am Brinkmanship game gehindert zu haben, als die Ukraine beträchtliche Mengen Gas aus den Leitungen abzweigte.

Es bleibt nur zu hoffen, dass bis 2030 und spätestens bis 2050 all jene technologischen Investitionen Früchte tragen werden, die bereits heute primär bei Konzernen getätigt werden, damit der Ausfall des Erdöls durch eine Kombination von regenerativen Energiequellen und erhöhter Effizienz der Energienutzung einerseits sowie eine Reduzierung des Verbrauchs andererseits kompensiert werden kann. Im günstigsten Fall gelingt das Unterfangen, ohne dass verschärfte Konkurrenzkämpfe zu internationalen Krisen oder zur Renationalisierung von Interessen führen. Dies könnte sogar die Kohärenz von Integrationsprojekten wie z. B. der EU gefährden. Auch wenn die Krise bewältigt werden sollte, erwächst daraus nur eine sehr fragile Stabilität, die zudem von der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaften abhängt. Weite Teile der globalen Wirtschaft, die der verschärften Wettbewerbssituation nicht gewachsen sind, können an den Rand des Zusammenbruchs gedrängt werden – mit ungeahnten Folgen in Form von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen: Migration, Terrorismus, Staatszerfall, rassistisch und ethnisch begründete Bürgerkriege oder einfach Kriminalität. Ohne auf diese Problematik hier eingehen zu können, soll nur angedeutet werden, dass die Risiken der Energieversorgung auch dramatische Auswirkungen auf die Konstellation von Kräften und Mächten im internationalen Staatensystem haben werden.

## *Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe: Reihe Studien – bisher erschienen*

### **Klaus Becher:**

Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien, September 2007

### **Erich Reiter:**

Die Einstellung der Österreicher zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU.

Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen, Oktober 2007

Die in der Reihe Studien der Sozialwissenschaftlichen Schriftenreihe des Internationalen Instituts für liberale Politik Wien unregelmäßig erscheinenden Hefte können gegen eine Schutzgebühr von EUR 5.- beim IILP, 1010 Wien, Fleischmarkt 18/15 bestellt werden.

Das Internationale Institut für liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien